

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/203049]

## 20. MAI 2021 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 7 Absatz 4, Artikel 12 Absatz 2 und Artikel 16 Absatz 3;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 16. März 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 25. März 2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 69.152/1 des Staatsrates, das am 29. April 2021 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Kinderbetreuung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 15 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 16 wird eingefügt:

„16. verminderte Elternbeiträge: die verminderte Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten in Anwendung der im Anhang zum Erlass vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung aufgeführten Tabelle zur Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten;“

3. Folgende Nummer 17 wird eingefügt:

„17. Onlineportal: eine den Dienstleistern sowie den Erziehungsberechtigten von der Regierung zur Verfügung gestellte digitale Plattform der Kinderbetreuung zur Information, Reservierung, Verwaltung und Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen.“

**Art. 2** - In Artikel 6 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird die Wortfolge „Artikeln 29, 30, 31 und 58.1“ durch die Wortfolge „Artikeln 29, 29.2, 29.3, 30, 31, 50.1 und 58.1“ ersetzt.

**Art. 3** - In Artikel 7 Nummer 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge „(Muster 2)“ durch die Wortfolge „gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches“ ersetzt.

**Art. 4** - Artikel 23 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„§ 1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter schließen vor Beginn der Betreuung einen schriftlichen Vertrag mit den Erziehungsberechtigten ab.

Der Betreuungsvertrag enthält zumindest:

1. die Dauer des Vertrages;

2. die Art der Dienstleistung;

3. die Betreuungszeiten;

4. die Kontaktmöglichkeiten;

5. die wichtigsten Leitlinien des im Anhang des vorliegenden Erlasses erwähnten Betreuungskonzeptes;

6. die Höhe der Elternbeiträge;

7. die Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten;

8. die Rechte und Pflichten der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters;

9. die Dauer der Kündigungsfrist;

10. die Angaben zu der in Artikel 26 erwähnten Beschwerdemöglichkeit;

11. gegebenenfalls Angaben zur Möglichkeit der Aufnahme von Praktikanten;

12. die Empfehlung für die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder, diese entsprechend den Richtlinien des Zentrums impfen zu lassen.

Falls die selbstständigen Tagesmütter/-väter die im Anhang zum Erlass vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung aufgeführte Tabelle zur Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten gemäß § 2 anwenden, enthält der in Absatz 2 erwähnte Betreuungsvertrag zusätzlich die Höhe der verminderten Elternbeiträge.

§ 2 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter können die im Anhang zum Erlass vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung aufgeführte Tabelle zur Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten anwenden, insofern letztere Anspruch auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung haben. Zu diesem Zweck reichen die Erziehungsberechtigten vor Vertragsabschluss einen separaten Beleg bei den selbstständigen Tagesmüttern/-v Vätern ein.

Erwerben die Erziehungsberechtigten im Laufe der Betreuungsdauer das Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung, können die selbstständigen Tagesmütter/-väter die in Absatz 1 erwähnte Tabelle anwenden, insofern die Erziehungsberechtigten den entsprechenden Beleg bei den selbstständigen Tagesmüttern/-v Vätern einreichen.

§ 3 - Die verminderten Elternbeiträge werden aufgrund der kumulierten monatlichen Nettoeinkünfte des Haushaltes der Erziehungsberechtigten berechnet.

Als Nettoeinkünfte gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels die in Artikel 6 des Einkommenssteuergesetzbuchs 1992 erwähnten Nettoeinkünfte.

Ehepartner und Personen, die in eheähnlicher Gemeinschaft zusammenleben, sowie Alleinerziehende gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels als ein Haushalt.

Als Referenzmonat für die Berechnung der Kostenbeteiligung bei Betreuungsbeginn gilt der Monat, der dem Betreuungsbeginn vorausgeht. Ist dieser aufgrund der aktuellen Situation des Haushaltes nicht repräsentativ, gilt der nächstfolgende repräsentative Monat. Zu diesem Zweck reichen die Erziehungsberechtigten die entsprechenden Einkommensbelege bei den selbstständigen Tagesmüttern/-väter ein.

Verlieren die Erziehungsberechtigten im Laufe der Betreuungsdauer ihr Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung, teilen sie den selbstständigen Tagesmüttern/-väter dies unverzüglich mit. Ab dem Monat nach Eintreten der Veränderung wenden die selbstständigen Tagesmütter/-väter den gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 6 festgelegten Elternbeitrag an.

§ 4 - Die Betreuung beginnt erst nach Unterzeichnung des Betreuungsvertrages durch alle Vertragsparteien.

Änderungen zu diesem Vertrag werden schriftlich festgehalten."

**Art. 5** - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 29.1 eingefügt:

"Art. 29.1 - Die Regierung stellt den selbstständigen Tagesmüttern/-väter das von ihr angeschaffte pädagogische und technische Material zur Verfügung.

Bei Beendigung der Tätigkeit innerhalb von drei Jahren nach Erhalt des Materials händigen die selbstständigen Tagesmütter/-väter dem Zentrum die durch die Deutschsprachigen Gemeinschaft angeschaffte Ausstattung aus.

Bei Weiterführung der Tätigkeit nach drei Jahren nach Erhalt des Materials geht die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft angeschaffte Ausstattung in den Besitz der selbstständigen Tagesmütter/-väter über."

**Art. 6** - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 29.2 eingefügt:

"Art. 29.2 - § 1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die ihre Tätigkeit im Sinne der sozialen Sicherheit für Selbstständige hauptberuflich ausüben, können einen Zuschuss für annehmbare Funktionskosten von höchstens 861,57 Euro pro Betreuungsplatz pro Jahr erhalten. Als annehmbare Funktionskosten gelten sowohl Kosten für die Anschaffung von pädagogischem Material als auch Ausstattungs- und Ausrüstungskosten.

Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die ihre Tätigkeit im Sinne der sozialen Sicherheit für Selbstständige nebenberuflich oder in einem gleichgestellten Statut gemäß Artikel 37 des Königlichen Erlasses vom 19. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung in Ausführung des Königlichen Erlasses Nr. 38 vom 27. Juli 1967 zur Einführung des Sozialstatuts der Selbstständigen ausüben, können einen Zuschuss für annehmbare Funktionskosten von höchstens 574,38 Euro pro Betreuungsplatz pro Jahr erhalten. Als annehmbare Funktionskosten gelten sowohl Kosten für die Anschaffung von pädagogischem Material als auch Ausstattungs- und Ausrüstungskosten.

Die Höchstanzahl der in Anwendung der Absätze 1 und 2 bezuschussten Betreuungsplätze ist auf die in Artikel 19 § 1 erwähnte Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, begrenzt.

§ 2 - Stellen die selbstständigen Tagesmütter/-väter ihre Tätigkeit definitiv oder zeitweilig mehr als einen Monat am Stück ein oder wird ihnen die Anerkennung gemäß Artikel 43 entzogen, erstatten sie den Zuschuss im Verhältnis zu den nicht geleisteten Tagen zurück.

In Abweichung von Absatz 1 erstatten die selbstständigen Tagesmütter/-väter den Zuschuss nicht im Verhältnis zu den nicht geleisteten Tagen zurück, wenn sie ihre Tätigkeit aufgrund einer ärztlichen Krankschreibung während höchstens sechs Monaten einstellen."

**Art. 7** - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 29.3 eingefügt:

"Art. 29.3 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, denen aufgrund verminderter Elternbeiträge in Anwendung von Artikel 23 § 2 Mindereinnahmen entstehen, können einen angeglichenen Zuschuss erhalten, der der Differenz zwischen dem durch die/den selbstständigen Tagesmutter/-vater festgelegten Elternbeitrag und den gemäß Artikel 23 § 2 und 3 festgelegten verminderten Elternbeiträgen entspricht.

Der Zuschuss wird für die Betreuung von höchstens einem Platz der Kleinkindbetreuung gewährt. Ist der Platz nicht das ganze Jahr belegt, wird der Zuschuss im Verhältnis zu der Anzahl nicht belegter Tage berechnet."

**Art. 8** - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018 wird folgender Artikel 29.4 eingefügt:

"Art. 29.4 - Zum Erhalt der in den Artikeln 29.2 und 29.3 aufgeführten Zuschüsse nutzen die selbstständigen Tagesmütter/-väter das Onlineportal."

**Art. 9** - In Artikel 30 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

"Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die mindestens 15 Stunden im Jahr an Weiterbildungen teilnehmen, die das Zentrum anbietet oder genehmigt, erhalten eine Jahrespauschale von 101,57 Euro.

Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die mindestens 20 Stunden im Jahr an Weiterbildungen teilnehmen, die das Zentrum anbietet oder genehmigt, erhalten eine Jahrespauschale von 135,42 Euro."

**Art. 10** - In Artikel 31 Absatz 1 desselben Erlasses wird der Betrag "6,10" durch den Betrag "6,61", der Betrag "3,66" durch den Betrag "3,96" und der Betrag "2,44" durch den Betrag "2,64" ersetzt.

**Art. 11** - In Artikel 32 desselben Erlasses werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

"Zum Erhalt des Zuschusses für annehmbare Funktionskosten gemäß Artikel 29.2 stellen die selbstständigen Tagesmütter/-väter bis zum 1. November des laufenden Jahres mittels eines vom Minister zur Verfügung gestellten Formulars einen Antrag beim Fachbereich, dem der Nachweis der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen oder der Freistellung der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen beigelegt ist.

Zum Erhalt des angeglichenen Zuschusses gemäß Artikel 29.3 stellen die selbstständigen Tagesmütter/-väter mittels eines vom Minister zur Verfügung gestellten Formulars einen Antrag beim Fachbereich, dem die Bescheinigung der erhöhten Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung der Erziehungsberechtigten sowie der Betreuungsvertrag beigelegt ist."

**Art. 12** - In Artikel 48 desselben Erlasses wird die Wortfolge "Artikeln 18 § 1 und 19" durch die Wortfolge "Artikeln 18 § 1, 19 und 29.2 § 1" ersetzt.

**Art. 13** - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 50.1 eingefügt:

"Art. 50.1 - Die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, die ihre Tätigkeit im Sinne der sozialen Sicherheit für Selbstständige hauptberuflich ausüben, können einen Zuschuss für annehmbare Funktionskosten von höchstens 1.148,77 Euro pro Betreuungsplatz pro Jahr erhalten. Als annehmbare Funktionskosten gelten sowohl Kosten für die Anschaffung von pädagogischem Material als auch Ausstattungs- und Ausrüstungskosten.

Die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, die ihre Tätigkeit im Sinne der sozialen Sicherheit für Selbstständige nebenberuflich oder in einem gleichgestellten Statut gemäß Artikel 37 des Königlichen Erlasses vom 19. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung in Ausführung des Königlichen Erlasses Nr. 38 vom 27. Juli 1967 zur Einführung des Sozialstatuts der Selbstständigen ausüben, können einen Zuschuss für annehmbare Funktionskosten von höchstens 861,57 Euro pro Betreuungsplatz pro Jahr erhalten. Als annehmbare Funktionskosten gelten sowohl Kosten für die Anschaffung von pädagogischem Material als auch Ausstattungs- und Ausrüstungskosten.

Der Zuschuss wird der/dem Co-Tagesmutter/-vater ausgezahlt, mit der/dem die Erziehungsberechtigten des betroffenen Kindes den Betreuungsvertrag abgeschlossen haben.

Sollte im Rahmen einer gemeinsamen Betreuung ein/e andere/r Co-Tagesmutter/-vater das betroffene Kind betreuen, so hat diese/r Anrecht auf den entsprechenden Anteil des Zuschusses. Der Anteil wird auf Grundlage der effektiven Betreuungstage berechnet.

Die Höchstanzahl der in Anwendung der Absätze 1 und 2 bezuschussten Betreuungsplätze ist auf die in Artikel 50 § 1 und 2 erwähnte Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, begrenzt."

**Art. 14** - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 50.2 eingefügt:

"Art. 50.2 - Der in Artikel 29.3 erwähnte angegliche Zuschuss wird an die/den selbstständige/n Co-Tagesmutter/-vater ausgezahlt, mit der/dem die Erziehungsberechtigten des betroffenen Kindes den Betreuungsvertrag abgeschlossen haben.

Sollte im Rahmen einer gemeinsamen Betreuung ein/e andere/r Co-Tagesmutter/-vater das betroffene Kind betreuen, so hat diese/r Anrecht auf den entsprechenden Anteil des angeglichenen Zuschusses. Der Anteil wird auf Grundlage der effektiven Betreuungstage berechnet."

**Art. 15** - In Nummer 4 des Anhangs desselben Erlasses wird zwischen das Wort "aus" und den Punkt die Wortfolge "mit Ausnahme der in Artikel 23 § 2 aufgeführten verminderten Elternbeiträge" eingefügt.

**Art. 16** - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 9, der mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft tritt;
2. Artikel 10, der am 1. Oktober 2021 in Kraft tritt;
3. Artikel 8, der an einem von dem Minister festgelegten Zeitpunkt, und sobald das Onlineportal verfügbar ist, in Kraft tritt.

**Art. 17** - Der für die Kinderbetreuung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 20. Mai 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH  
Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung  
L. KLINKENBERG

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/203049]

**20 MAI 2021. — Arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, l'article 7, alinéa 4, l'article 12, alinéa 2, et l'article 16, alinéa 3;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 16 mars 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 25 mars 2021;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 69.152/1, donné le 29 avril 2021, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** - À l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le 15°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 16° rédigé comme suit :

« 16° participation financière réduite des parents : la participation réduite aux frais, supportée par les personnes chargées de l'éducation et fixée en application du tableau y afférent repris dans l'arrêté du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants; »

3° l'article est complété par un 17° rédigé comme suit :

« 17° portail en ligne : une plate-forme numérique destinée à l'accueil des enfants, mise à la disposition des prestataires ainsi que des personnes chargées de l'éducation par le Gouvernement, et ce, à des fins d'information, de réservation, d'administration et d'octroi des places d'accueil. »

**Art. 2.** - Dans l'article 6 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, les mots « aux articles 29, 30, 31 et 58.1 » sont remplacés par les mots « aux articles 29, 29.2, 29.3, 30, 31, 50.1 et 58.1 ».

**Art. 3.** - Dans l'article 7, 1°, du même arrêté, les mots « (modèle 2) » sont remplacés par les mots « , conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle, ».

**Art. 4.** - L'article 23 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Avant le début de l'accueil, les accueillants autonomes concluent un contrat par écrit avec les personnes chargées de l'éducation.

Ce contrat de garde reprend au moins :

1° la durée du contrat;

2° la nature de la prestation;

3° les heures d'accueil;

4° les possibilités de contact;

5° les lignes directrices essentielles du concept d'accueil mentionné dans l'annexe au présent arrêté;

6° le montant de la participation financière des parents;

7° les droits et devoirs des personnes chargées de l'éducation;

8° les droits et devoirs des accueillants autonomes;

9° la durée du préavis;

10° les données relatives à la possibilité de recours mentionnée à l'article 26;

11° les données relatives à la possibilité, le cas échéant, d'accueillir des stagiaires;

12° la recommandation formulée aux personnes chargées de l'éducation des enfants gardés, de les faire vacciner conformément aux instructions du centre.

Si les accueillants autonomes appliquent, conformément au § 2, le tableau afférent à la participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation et repris en annexe de l'arrêté du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, le contrat de garde mentionné à l'alinéa 2 précise en outre le montant de la participation financière réduite des parents.

§ 2 - Les accueillants autonomes peuvent appliquer le tableau afférent à la participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation, repris en annexe de l'arrêté du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, pour autant que ces personnes aient droit à une intervention majorée de l'assurance soins de santé. À cette fin, les personnes chargées de l'éducation transmettent aux accueillants autonomes, avant la conclusion du contrat, un justificatif distinct.

Si, dans le courant de la période d'accueil, les personnes chargées de l'éducation acquièrent le droit à une intervention majorée de l'assurance soins de santé, les accueillants autonomes peuvent appliquer le tableau mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, dans la mesure où lesdites personnes leur ont transmis le justificatif correspondant.

§ 3 - La participation financière réduite des parents est calculée sur la base des revenus nets mensuels cumulés du ménage composé par les personnes chargées de l'éducation.

Aux fins d'application du présent article, les revenus nets sont les revenus nets au sens de l'article 6 du Code des impôts sur les revenus 1992.

Aux fins d'application du présent article sont considérés comme un ménage les conjoints et les cohabitants ainsi que les personnes qui élèvent seules leur(s) enfant(s).

Pour calculer la participation aux frais en début d'accueil, c'est le mois qui précède qui sert de référence. Si, en raison de la situation actuelle du ménage, ce mois n'est pas représentatif, il convient de sélectionner le premier qui le sera. À cette fin, les personnes chargées de l'éducation transmettent aux accueillants autonomes les justificatifs de revenus correspondants.

Si, dans le courant de la période d'accueil, les personnes chargées de l'éducation perdent leur droit à une intervention majorée de l'assurance soins de santé, elles en informent immédiatement les accueillants autonomes. Les accueillants autonomes appliquent la participation financière des parents fixée conformément au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 6°, dès le mois qui suit celui où le changement est intervenu.

§ 4 - L'accueil commence dès que le contrat de garde a été signé par toutes les parties.

Toute modification apportée au contrat est consignée par écrit. »

**Art. 5.** - Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 29.1 rédigé comme suit :

« Art. 29.1 - Le Gouvernement met à la disposition des accueillants autonomes le matériel pédagogique et technique qu'il a acquis.

Si les accueillants autonomes mettent fin à leur activité dans les trois ans qui suivent la réception dudit matériel, ils doivent rendre au centre le matériel acquis par la Communauté germanophone.

Si les accueillants autonomes poursuivent leur activité au-delà de trois ans après l'acquisition du matériel par la Communauté germanophone, celui-ci devient leur propriété. »



**Art. 6.** - Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 29.2 rédigé comme suit :

« Art. 29.2 - § 1<sup>er</sup> - Les accueillants autonomes qui exercent leur activité à titre principal, au sens de la sécurité sociale des travailleurs indépendants, peuvent percevoir un subside pour les frais de fonctionnement admissibles, plafonné à 861,57 euros par place d'accueil et par an. Sont considérés comme des frais de fonctionnement admissibles les frais engagés tant pour l'acquisition de matériel pédagogique que pour l'aménagement et l'équipement.

Les accueillants autonomes qui exercent leur activité à titre accessoire, au sens de la sécurité sociale des travailleurs indépendants ou dans un statut y assimilé conformément à l'article 37 de l'arrêté royal du 19 décembre 1967 portant règlement général en exécution de l'arrêté royal n° 38 du 27 juillet 1967 organisant le statut social des travailleurs indépendants, peuvent percevoir un subside pour les frais de fonctionnement admissibles, plafonné à 574,38 euros par place d'accueil et par an. Sont considérés comme des frais de fonctionnement admissibles les frais engagés tant pour l'acquisition de matériel pédagogique que pour l'aménagement et l'équipement.

Le nombre maximal de places d'accueil subsidiées en application des alinéas 1<sup>er</sup> et 2 est limité au nombre maximal de jeunes enfants qui peuvent être accueillis simultanément, mentionné à l'article 19, § 1<sup>er</sup>.

§ 2 - Si les accueillants autonomes suspendent leur activité temporairement pour plus d'un mois consécutif ou définitivement, ou si l'agrégation leur est retirée conformément à l'article 43, ils doivent rembourser le subside au prorata des jours non prestés.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les accueillants autonomes ne remboursent pas le subside au prorata des jours non prestés s'ils suspendent leur activité sur la base d'un certificat médical pendant six mois au plus. »

**Art. 7.** - Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 29.3 rédigé comme suit :

« Art. 29.3 - Les accueillants autonomes qui subissent une perte de recettes en raison d'une participation financière réduite des parents en application de l'article 23, § 2, peuvent percevoir un subside ajusté qui correspond à la différence entre la participation financière des parents fixée par les accueillants autonomes et la participation financière réduite des parents fixée conformément à l'article 23, § 2 et 3.

Ce subside est octroyé pour maximum une place d'accueil de jeunes enfants. Si la place n'est pas occupée toute l'année, le subside est calculé au prorata des jours d'inoccupation. »

**Art. 8.** - Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 29.4 rédigé comme suit :

« Art. 29.4 - Afin d'obtenir les subsides mentionnés aux articles 29.2 et 29.3, les accueillants autonomes utilisent le portail en ligne. »

**Art. 9.** - L'article 30 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Les accueillants autonomes qui participent, à raison d'au moins 15 heures par année, à des formations continues proposées ou reconnues par le centre, perçoivent un forfait annuel de 101,57 euros.

Les accueillants autonomes qui participent, à raison d'au moins 20 heures par année, à des formations continues proposées ou reconnues par le centre, perçoivent un forfait annuel de 135,42 euros. »

**Art. 10.** - Dans l'article 31, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, les montants de « 6,10 euros », « 3,66 euros » et « 2,44 euros » sont respectivement remplacés par les montants de « 6,61 euros », « 3,96 euros » et « 2,64 euros ».

**Art. 11.** - L'article 32 du même arrêté est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Afin d'obtenir le subside pour les frais de fonctionnement admissibles conformément à l'article 29.2, les accueillants autonomes introduisent auprès du département, avant le 1<sup>er</sup> novembre de l'année en cours, une demande à l'aide du formulaire mis à disposition par le ministre; cette demande est accompagnée de la preuve qu'ils ont payé les cotisations de sécurité sociale ou en sont dispensés.

Afin d'obtenir le subside ajusté conformément à l'article 29.3, les accueillants autonomes introduisent auprès du département une demande à l'aide du formulaire mis à disposition par le ministre; la preuve que les personnes chargées de l'éducation bénéficient de l'intervention majorée de l'assurance soins de santé ainsi que le contrat de garde y sont joints. »

**Art. 12.** - Dans l'article 48 du même arrêté, les mots « articles 18, § 1<sup>er</sup>, et 19 » sont remplacés par les mots « articles 18, § 1<sup>er</sup>, 19 et 29.2, § 1<sup>er</sup> ».

**Art. 13.** - Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 50.1 rédigé comme suit :

« Art. 50.1 - Les co-accueillants autonomes qui exercent leur activité à titre principal, au sens de la sécurité sociale des travailleurs indépendants, peuvent percevoir un subside pour les frais de fonctionnement admissibles, plafonné à 1 148,77 euros par place d'accueil et par an. Sont considérés comme des frais de fonctionnement admissibles les frais engagés tant pour l'acquisition de matériel pédagogique que pour l'aménagement et l'équipement.

Les co-accueillants autonomes qui exercent leur activité à titre accessoire, au sens de la sécurité sociale des travailleurs indépendants ou dans un statut y assimilé conformément à l'article 37 de l'arrêté royal du 19 décembre 1967 portant règlement général en exécution de l'arrêté royal n° 38 du 27 juillet 1967 organisant le statut social des travailleurs indépendants, peuvent percevoir un subside pour les frais de fonctionnement admissibles, plafonné à 861,57 euros par place d'accueil et par an. Sont considérés comme des frais de fonctionnement admissibles les frais engagés tant pour l'acquisition de matériel pédagogique que pour l'aménagement et l'équipement.

Le subside est liquidé au co-accueillant autonome avec lequel les personnes chargées de l'éducation de l'enfant concerné ont conclu un contrat de garde.

Si, dans le cadre d'un accueil commun, un autre co-accueillant s'occupe de l'enfant concerné, il a droit au prorata. Celui-ci est calculé sur la base des jours de garde effectifs.

Le nombre maximal de places d'accueil subsidiées en application des alinéas 1<sup>er</sup> et 2 est limité au nombre maximal de jeunes enfants qui peuvent être accueillis simultanément, mentionné à l'article 50, § 1<sup>er</sup> et 2. »

**Art. 14.** - Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 50.2 rédigé comme suit :

« Art. 50.2 - Le subside ajusté mentionné à l'article 29.3 est liquidé au co-accueillant autonome avec lequel les personnes chargées de l'éducation de l'enfant concerné ont conclu un contrat de garde.

Si, dans le cadre d'un accueil commun, un autre co-accueillant s'occupe de l'enfant concerné, il a droit au prorata. Celui-ci est calculé sur la base des jours de garde effectifs. »

**Art. 15.** - Dans le 4<sup>o</sup> de l'annexe au même arrêté, la phrase est complétée par les mots « à l'exception de la participation financière réduite des parents, telle que mentionnée à l'article 23, § 2 ».

**Art. 16.** - Le présent arrêté produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2021, à l'exception :

1<sup>o</sup> de l'article 9, qui produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2020;

2<sup>o</sup> de l'article 10, qui entre en vigueur le 1<sup>er</sup> octobre 2021.

3<sup>o</sup> de l'article 8, qui entre en vigueur à une date ultérieure fixée par le ministre et dès que le portail en ligne est disponible.

**Art. 17.** - Le Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants est chargé de l'exécution du présent arrêté.  
Eupen, le 20 mai 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances  
O. PAASCH  
La Ministre de l'Éducation et  
de la Recherche scientifique  
L. KLINKENBERG

—————  
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/203049]

**20 MEI 2021. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 7, vierde lid, artikel 12, tweede lid, en artikel 16, derde lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 16 maart 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 25 maart 2021;

Gelet op advies 69.152/1 van de Raad van State, gegeven op 29 april 2021, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2<sup>o</sup>, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** - In artikel 2 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1<sup>o</sup> in de bepaling onder 15<sup>o</sup> wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2<sup>o</sup> het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 16<sup>o</sup>, luidende :

"16<sup>o</sup> verminderde ouderbijdragen: de verminderde kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding met toepassing van de tabel over de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding, vermeld in de bijlage van het besluit van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;"

3<sup>o</sup> het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 17<sup>o</sup>, luidende :

"17<sup>o</sup> webportaal: een digitaal platform dat door de Regering ter beschikking wordt gesteld van de dienstverrichters en de personen belast met de opvoeding voor informatie over de kinderopvang en voor het reserveren, beheren en toewijzen van plaatsen in de kinderopvang."

**Art. 2.** - In artikel 6 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, worden de woorden "artikelen 29, 30, 31 en 58.1" vervangen door de woorden "artikelen 29, 29.2, 29.3, 30, 31, 50.1 en 58.1".

**Art. 3.** - In artikel 7, 1<sup>o</sup>, van hetzelfde besluit worden de woorden "(model 2)" vervangen door de woorden "overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering".

**Art. 4.** - Artikel 23 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

" § 1 - De zelfstandige onthaalouders sluiten voor het begin van de opvang een schriftelijk contract met de personen belast met de opvoeding.

Het opvangcontract bevat minstens de volgende gegevens :

1<sup>o</sup> de duur van het contract;

2<sup>o</sup> de aard van de dienstverlening;

3<sup>o</sup> de opvangtijden;

4<sup>o</sup> de manier waarop contact kan worden opgenomen;

- 5° de hoofdlijnen van het opvangconcept vermeld in de bijlage van dit besluit;
- 6° de ouderbijdragen;
- 7° de rechten en plichten van de personen belast met de opvoeding;
- 8° de rechten en plichten van de zelfstandige onthaalouders;
- 9° de duur van de opzeggingstermijn;
- 10° de informatie over de in artikel 26 vermelde mogelijkheid om zich tot het centrum te wenden;
- 11° in voorkomend geval gegevens over de mogelijkheid om stagiairs op te nemen;
- 12° de aanbeveling, gericht aan de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen, om hun kinderen overeenkomstig de richtlijnen van het centrum te laten inenten.

Indien de zelfstandige onthaalouders de tabel over de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding, vermeld in de bijlage van het besluit van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, overeenkomstig § 2 toepassen, bevat het opvangcontract vermeld in het tweede lid bovendien ook het bedrag van de verminderde ouderbijdragen.

§ 2 - De zelfstandige onthaalouders kunnen de tabel over de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding vermeld in de bijlage van het besluit van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang toepassen, als de personen belast met de opvoeding aanspraak kunnen maken op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging. Daartoe dienen de personen belast met de opvoeding een afzonderlijk bewijs in bij de zelfstandige onthaalouders voordat het contract wordt gesloten.

Als de personen belast met de opvoeding in de loop van de opvangperiode het recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging verwerven, kunnen de zelfstandige onthaalouders de tabel vermeld in het eerste lid toepassen, als de personen belast met de opvoeding het desbetreffende bewijs indienen bij de zelfstandige onthaalouders.

§ 3 - De verminderde ouderbijdragen worden berekend op basis van het gecumuleerde maandelijkse netto-inkomen van het gezin van de personen belast met de opvoeding.

Voor de toepassing van dit artikel wordt onder netto-inkomen verstaan: het netto-inkomen bedoeld in artikel 6 van het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992.

Echtgenoten, feitelijk samenwonenden en alleenstaanden worden voor de toepassing van dit artikel als een gezin beschouwd.

De referentiemaand voor de berekening van de kostenbijdrage bij het begin van de opvang is de maand die aan het begin van de opvang voorafgaat. Indien die maand op grond van de actuele situatie van het gezin niet representatief is, geldt de eerstvolgende representatieve maand als referentiemaand. Daartoe dienen de personen belast met de opvoeding de desbetreffende inkomensbewijzen in bij de zelfstandige onthaalouders.

Als de personen belast met de opvoeding in de loop van de opvangperiode hun recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging verliezen, delen ze dat onmiddellijk mee aan de zelfstandige onthaalouders. Vanaf de maand nadat de wijziging zich heeft voorgedaan, passen de zelfstandige onthaalouders de ouderbijdrage toe overeenkomstig § 1, tweede lid, 6°.

§ 4 - De opvang begint pas nadat het opvangcontract door alle partijen is ondertekend.

Alle wijzigingen van dit contract worden schriftelijk vastgelegd."

**Art. 5.** - In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 29.1 ingevoegd, luidende :

"Art. 29.1 - De Regering stelt het door haar aangeschafte pedagogische en technische materiaal ter beschikking van de zelfstandige onthaalouders.

Als de activiteit binnen drie jaar na ontvangst van het materiaal wordt stopgezet, overhandigen de zelfstandige onthaalouders de door de Duitstalige Gemeenschap aangeschafte uitrusting aan het centrum."

Als de activiteit drie jaar na ontvangst van het materiaal wordt voortgezet, gaat de door de Duitstalige Gemeenschap aangeschafte uitrusting over in het bezit van de zelfstandige onthaalouders."

**Art. 6.** - In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 29.2 ingevoegd, luidende :

"Art. 29.2 - § 1 - De zelfstandige onthaalouders die hun activiteit in hoofdberoep uitoefenen in de zin van de sociale zekerheid voor zelfstandigen, kunnen een subsidie voor aanneembare werkingskosten krijgen ten belope van hoogstens 861,57 euro per opvangplaats per jaar. De aanneembare werkingskosten omvatten zowel de kosten voor de aanschaf van pedagogisch materiaal als de kosten voor inrichting en uitrusting.

Zelfstandige onthaalouders die hun activiteit in de zin van de sociale zekerheid voor zelfstandigen uitoefenen in beroep of in een gelijkwaardig statuut overeenkomstig artikel 37 van het "koninklijk besluit van 19 december 1967 houdende algemeen reglement in uitvoering van het koninklijk besluit nr 38 van 27 juli 1967, houdende inrichting van het sociaal statuut der zelfstandigen" kunnen een subsidie voor aanneembare werkingskosten krijgen ten belope van hoogstens 574,38 euro per opvangplaats per jaar. De aanneembare werkingskosten omvatten zowel de kosten voor de aanschaf van pedagogisch materiaal als de kosten voor inrichting en uitrusting.

Het maximumaantal opvangplaatsen dat met toepassing van het eerste en het tweede lid wordt gesubsidieerd, is beperkt tot het maximumaantal baby's en peuters dat tegelijkertijd kan worden opgevangen, vermeld in artikel 19, § 1.

§ 2 - Indien de zelfstandige onthaalouders hun activiteit definitief of tijdelijk voor een ononderbroken periode van meer dan een maand stopzetten of indien hun erkenning overeenkomstig artikel 43 wordt ingetrokken, moeten zij de subsidie in verhouding tot het aantal niet-gewerkte dagen terugbetalen.

In afwijking van het eerste lid hoeven de zelfstandige onthaalouders de subsidie niet in verhouding tot het aantal niet-gewerkte dagen terug te betalen, wanneer zij hun activiteit gedurende hoogstens zes maanden stopzetten op grond van een door een arts uitgereikt ziekteattest."

**Art. 7.** - In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 29.3 ingevoegd, luidende :

*"Art. 29.3 - De zelfstandige onthaalouders die minder inkomsten hebben ten gevolge van verminderde ouderbijdragen vastgesteld met toepassing van artikel 23, § 2, kunnen een aangepaste subsidie ontvangen die gelijk is aan het verschil tussen de door de zelfstandige onthaalouders vastgestelde ouderbijdrage en de verminderde ouderbijdragen vastgesteld met toepassing van artikel 23, § 2 en 3.*

De subsidie wordt toegekend voor het zorgen voor hoogstens één opvangplaats voor baby's en peuters. Indien de plaats niet het hele jaar bezet is, wordt de subsidie berekend in verhouding tot het aantal niet-bezette dagen."

**Art. 8.** - In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 29.4 ingevoegd, luidende :

*"Art. 29.4 - De zelfstandige onthaalouders vragen de subsidies vermeld in de artikelen 29.2 en 29.3 aan via het webportaal."*

**Art. 9.** - Artikel 30 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende :

*"De zelfstandige onthaalouders die minstens 15 uur per jaar aan de door het centrum aangeboden of goedgekeurde voortgezette opleidingen deelnemen, ontvangen een jaarlijks forfaitair bedrag van 101,57 euro.*

*De zelfstandige onthaalouders die minstens 20 uur per jaar aan de door het centrum aangeboden of goedgekeurde voortgezette opleidingen deelnemen, ontvangen een jaarlijkse forfaitair bedrag van 135,42 euro."*

**Art. 10.** - In artikel 31, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt het bedrag "6,10" vervangen door het bedrag "6,61", wordt het bedrag "3,66" vervangen door het bedrag "3,96" en wordt het bedrag "2,44" vervangen door het bedrag "2,64".

**Art. 11.** - Artikel 32 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende :

*"Om de subsidie voor aanneembare werkingskosten overeenkomstig artikel 29.2 te ontvangen, dienen de zelfstandige onthaalouders uiterlijk op 1 november van het lopende jaar een aanvraag in bij het departement via een formulier dat door de Minister ter beschikking wordt gesteld, vergezeld van het bewijs van betaling van de socialezekerheidsbijdragen of van vrijstelling van betaling van de socialezekerheidsbijdragen.*

*Om de aangepaste subsidie overeenkomstig artikel 29.3 te ontvangen, dienen de zelfstandige onthaalouders een aanvraag in bij het departement via een formulier dat door de Minister ter beschikking wordt gesteld, vergezeld van het bewijs van verhoogde tegemoetkoming in de verzekering voor geneeskundige verzorging van de personen belast met de opvoeding en vergezeld van het opvangcontract."*

**Art. 12.** - In artikel 48 van hetzelfde besluit worden de woorden "de artikelen 18, § 1, en 19" vervangen door de woorden "artikel 18, § 1, artikel 19 en artikel 29.2, § 1,".

**Art. 13.** - In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 50.1 ingevoegd, luidende :

*"Art. 50.1 - De zelfstandige mede-onthaalouders die hun activiteit in hoofdberoep uitoefenen in de zin van de sociale zekerheid voor zelfstandigen, kunnen een subsidie voor aanneembare werkingskosten krijgen ten belope van hoogstens 1.148,77 euro per opvangplaats per jaar. De aanneembare werkingskosten omvatten zowel de kosten voor de aanschaf van pedagogisch materiaal als de kosten voor inrichting en uitrusting.*

*De zelfstandige mede-onthaalouders die hun activiteit in de zin van de sociale zekerheid voor zelfstandigen uitoefenen in bijberoep of in een gelijkwaardig statuut overeenkomstig artikel 37 van het "koninklijk besluit van 19 december 1967 houdende algemeen reglement in uitvoering van het koninklijk besluit nr 38 van 27 juli 1967, houdende inrichting van het sociaal statuut der zelfstandigen" kunnen een subsidie voor aanneembare werkingskosten krijgen ten belope van hoogstens 861,57 euro per opvangplaats per jaar. De aanneembare werkingskosten omvatten zowel de kosten voor de aanschaf van pedagogisch materiaal als de kosten voor inrichting en uitrusting.*

De subsidie wordt uitbetaald aan de mede-onthaalouder met wie de personen belast met de opvoeding van het betrokken kind het opvangcontract hebben gesloten.

Indien in het kader van een gemeenschappelijke opvang een andere mede-onthaalouder het betrokken kind opvangt, dan heeft die onthaalouder recht op het daarmee overeenstemmende gedeelte van de subsidie. Dat gedeelte wordt berekend op basis van de werkelijke opvangdagen.

Het maximaantal opvangplaatsen dat met toepassing van het eerste en het tweede lid wordt gesubsidieerd, is beperkt tot het maximaantal baby's en peuters dat tegelijkertijd kan worden opgevangen, vermeld in artikel 50, § 1 en 2."

**Art. 14.** - In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 50.2 ingevoegd, luidende :

*"Art. 50.2 - De aangepaste subsidie vermeld in artikel 29.3 wordt uitbetaald aan de zelfstandige mede-onthaalouder met wie de personen belast met de opvoeding van het betrokken kind het opvangcontract hebben gesloten.*

Indien in het kader van een gemeenschappelijke opvang een andere mede-onthaalouder het betrokken kind opvangt, dan heeft die onthaalouder recht op het daarmee overeenstemmende gedeelte van de aangepaste subsidie. Dat gedeelte wordt berekend op basis van de werkelijke opvangdagen."

**Art. 15.** - De bepaling onder 4° van de bijlage van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de woorden ", met uitzondering van de verminderde ouderbijdragen vermeld in artikel 23, § 2".

**Art. 16.** - Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2021, met uitzondering van :

1° artikel 9, dat uitwerking heeft met ingang van 1 januari 2020;



2° artikel 10, dat uitwerking heeft met ingang van 1 oktober 2021;

3° artikel 8, dat in werking treedt op de datum die de Minister bepaalt en zodra het webportaal beschikbaar is.

**Art. 17.** - De minister die bevoegd is voor de kinderopvang is belast met de uitvoering van dit besluit.  
Eupen, 20 mei 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën  
O. PAASCH  
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek  
L. KLINKENBERG

### MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/202959]

#### 3. JUNI 2021 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 10. August 1998 zur Festlegung der Normen, denen eine Funktion "Mobiler Rettungsdienst" (MRD) entsprechen muss, um zugelassen zu werden

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des koordinierten Gesetzes vom 10. Juli 2008 über die Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen, Artikel 66;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 10. April 1995 zur Anwendung gewisser Bestimmungen des am 7. August 1987 koordinierten Gesetzes über die Krankenhäuser auf die Funktion "Mobiler Rettungsdienst", Artikel 3, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 15. Juli 2002;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 10. August 1998 zur Festlegung der Normen, denen eine Funktion "Mobiler Rettungsdienst" (MRD) entsprechen muss, um zugelassen zu werden;

Aufgrund des Gutachtens des Krankenhausbeirats vom 29. Oktober 2020;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 1. Februar 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 2. Februar 2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 68.906/3 des Staatsrates, das am 16. März 2021 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Aufgrund der Berichterstattung der Generalversammlung des Rechnungshofes vom 21. April 2021;

Auf Vorschlag des für Gesundheit zuständigen Ministers

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - In Artikel 13 des Königlichen Erlasses vom 10. August 1998 zur Festlegung der Normen, denen eine Funktion "Mobiler Rettungsdienst" (MRD) entsprechen muss, um zugelassen zu werden, wird der Satz "Das Fahrzeug muss den vom Minister bestimmten Eigenschaften entsprechen." durch den Satz "Das Fahrzeug muss den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 12. November 2017 zur Festlegung der äußeren Merkmale der Fahrzeuge, die im Rahmen der dringenden medizinischen Hilfe eingesetzt werden, entsprechen." ersetzt.

**Art. 2** - Artikel 18 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 2 wird die Wortfolge "Bis zum 31. Dezember 2020" durch die Wortfolge "Bis zum 31. Dezember 2024" ersetzt;

2. in § 3 wird die Wortfolge "Bis zum 31. Dezember 2020" durch die Wortfolge "Bis zum 31. Dezember 2024" ersetzt.

**Art. 3** - Artikel 2 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft.

**Art. 4** - Der für Gesundheit zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.  
Eupen, den 3. Juni 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident  
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen  
A. ANTONIADIS

TRADUCTION

### MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/202959]

#### 3 JUIN 2021. — Arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté royal du 10 août 1998 fixant les normes auxquelles doit répondre une fonction « service mobile d'urgence » (SMUR) pour être agréée

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi relative aux hôpitaux et à d'autres établissements de soins, coordonnée le 10 juillet 2008, l'article 66;

Vu l'arrêté royal du 10 avril 1995 rendant certaines dispositions de la loi sur les hôpitaux, coordonnée le 7 août 1987, applicables à la fonction « service mobile d'urgence », l'article 3, modifié par l'arrêté royal du 15 juillet 2002;